



## Antrag

des Gemeinderates an den Einwohnerrat

Pratteln, 29.09.2025/ dpp

# 3513 Nichtformulierte Gemeindeinitiative über die faire Verteilung von Aufgaben und finanziellen Mitteln zwischen Kanton und Gemeinden («Wer befiehlt, zahlt!»-Initiative»)

## 1. Ausgangslage

### 1.1 Einführung

Diejenige Staatsebene, die über eine Aufgabe entscheidet, sollte eigentlich auch die Kostenfolgen tragen. Bereits heute ist dieser Grundsatz indirekt in §47a der Verfassung festgehalten. Allerdings kann eine Abweichung von diesem hehren Grundsatz heute nicht eingeklagt werden. Deshalb soll künftig eine Gesetzesanpassung wenigstens präziser festhalten, wie mit Kostensteigerungen zu Lasten der Gemeinden aufgrund von Kantonsentscheiden umgegangen werden soll.

### 1.2 Ziel der Vorlage

Elf Gemeinderäte haben sich entschlossen, ihren Gemeindeversammlungen bzw. Einwohnerräten die im Folgenden beschriebene Gemeindeinitiative vorzulegen. Für die Gültigkeit der Initiative braucht es die Zustimmung von mindestens fünf Gemeindeversammlungen/ Einwohnerräten. Idealerweise sollten es sieben bis acht sein.

### 1.3 Gesetzliche Grundlagen

Verfassung des Kantons Basel-Landschaft, SGS 100, §49

Gesetz über die politischen Rechte (GpR), SGS 120, §65

Gesetz über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden (Gemeindegesetz, GemG), SGS 180, §47 Abs. 1 Ziff. 17

## 2. Erwägungen

### 2.1 Begründung

der

Initiative

In der Praxis kommt es immer wieder zu Abweichungen vom «Wer befiehlt, zahlt!»-Grundsatz zu Ungunsten der Gemeinden. Ein bekanntes Beispiel ist die Abstimmung im Landrat über die Klassenlehrfunktion. Die Abänderung des Ergebnisses des VAGS-Projekts durch den Landrat hat dazu geführt, dass die Gemeinden die Stellenpläne in den Schulen erhöhen mussten, was zu Mehrkosten von insgesamt rund CHF 5'500'000 geführt hat. Dies kann dem Kanton aber egal sein, da er nicht dafür aufkommen muss. Fremdes Geld gibt man leichter aus als das eigene.

Ähnliche, für die Gemeinden negative Entscheide betreffen die spezielle Förderung in den Schulen zu Lasten der Gemeinden, das Führen der Musikschulen (obwohl mehrheitlich Sekundarschülerinnen und -schüler diese besuchen) und viele mehr.

Solche Kostensteigerungen zu Lasten der Gemeinden aufgrund eines Kantonsentscheids gab es in den letzten Jahren immer wieder. Dies erhöht den Druck auf die ohnehin angespannte

Finanzlage der Gemeinden. Stabile Gemeinden sind jedoch das Rückgrat unseres politischen Systems. Deshalb soll in Ergänzung zum Verfassungsartikel §47a der «Wer befiehlt, zahlt!»-Grundsatz auf Gesetzesebene genauer verankert werden.

Insbesondere soll der Regierungsrat künftig in denjenigen Vorlagen an den Landrat, die die Gemeinden betreffen, die Auswirkungen auf die Gemeindeebene aufzeigen und erläutern sowie die konkreten Kostenfolgen für die Gemeinden dem Landrat zur Kenntnis bringen (Transparenz). Die Initiative geht aber noch weiter: Für Aufgaben, bei denen die Gemeinden Träger sind, soll der Kanton die Mehrkosten tragen, die durch den Kantonsentscheid für die Gemeinden entstehen.

## 2.2 Inhalt der Initiative

### **Nichtformulierte Initiative über die faire Verteilung von Aufgaben und finanziellen Mitteln zwischen Kanton und Gemeinden («Wer befiehlt, zahlt!-Initiative») gemäss § 49 der Verfassung des Kantons Basel-Landschaft vom 17. Mai 1984 und § 65 des Gesetzes über die politischen Rechte vom 7. September 1981**

Gestützt auf § 49 Abs. 1 der basellandschaftlichen Kantonsverfassung stellen die unterzeichnenden Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft folgendes Begehren (nichtformulierte Initiative nach § 28 Abs. 3 KV und § 65 Abs. 1 GPR):

Diejenige Staatsebene, die über eine Aufgabe entscheidet, soll auch die Kostenfolgen tragen.

Bereits heute ist dieser Grundsatz in §47a der Verfassung festgehalten. In der Praxis kommt es aber immer wieder zu Abweichungen zu Ungunsten der Gemeinden. Stabile Gemeinden sind das Rückgrat unseres politischen Systems. Deshalb soll der «Wer befiehlt, zahlt!»-Grundsatz auf Gesetzesebene genauer verankert werden. Insbesondere soll Folgendes festgelegt werden:

1. Der Regierungsrat erläutert in denjenigen Vorlagen an den Landrat, die die Gemeinden betreffen, die Auswirkungen auf die Subsidiarität und begründet die Vor- und Nachteile der Änderung für die Gemeindeebene.
2. In den Vorlagen an den Landrat werden nicht nur die finanziellen Folgen für den Kanton, sondern auch die finanziellen Folgen für die Gemeinden aufgezeigt.
3. Für Aufgaben, bei denen die Gemeinden Träger sind, werden die Mehrkosten, die durch einen Kantonsentscheid auf Gemeindeebene entstehen, in der Summe durch den Kanton getragen. Der Regierungsrat zeigt in der Vorlage an den Landrat die Form der Rückerstattung an die Gemeinden auf.

#### **Rückzugsklausel**

Die Gemeinderäte der Initiativgemeinden sind ermächtigt, die Initiative zurückzuziehen.

#### **Federführende Gemeinde**

Die federführende Gemeinde ist Liestal.

#### **Gemeindebeschlüsse**

Die Gemeindeinitiative wurde gemäss § 47 Abs. 1 Ziff. 17 des Gesetzes über die Organisation und die Verwaltung der Gemeinden vom 28. Mai 1970 von folgenden Gemeinden beschlossen:

Gemeinde ...	Beschlussdatum:
Gemeinde ...	Beschlussdatum:
Gemeinde ...	Beschlussdatum:
Gemeinde ...	Beschlussdatum:
Gemeinde ...	Beschlussdatum:
Gemeinde ...	Beschlussdatum:
Gemeinde ...	Beschlussdatum:



## 2.2 Personelle und finanzielle Auswirkungen

Die Annahme der Initiative hat keine personellen Auswirkungen auf die Gemeinde Pratteln.

Für die Finanzierung eines allfälligen Abstimmungskampfes soll ein Antrag an den Verband Basellandschaftlicher Gemeinden (VBLG) gestellt werden. Dieser hat in den vergangenen Jahren einen Fonds für Abstimmungskampagnen geöfnet. Falls nur ein Teilbetrag oder nichts bezahlt würde, würden die restlichen Kosten anteilmässig nach Einwohnenden verteilt werden. Es sind in diesem Falle mit maximal 2 Franken pro Einwohnende zu rechnen.

Im Falle der Zustimmung durch das Volk kann damit gerechnet werden, dass die Gemeinden finanziell entlastet werden. Je nach Thematik und Aufgabe kann sich die Entlastung unterschiedlich auswirken. Daher kann diese derzeit nicht beziffert werden.

## 3. Beschluss

- 3.1 Der nichtformulierten Initiative über die faire Verteilung von Aufgaben und finanziellen Mitteln zwischen Kanton und Gemeinden («Wer befiehlt, zahlt!»-Initiative) wird zugestimmt und der Gemeinderat wird dazu ermächtigt, die Initiative bei Bedarf zurückzuziehen.

Gemeindepräsident



Stephan Burgunder

Gemeindeverwalter



Beat Thommen